

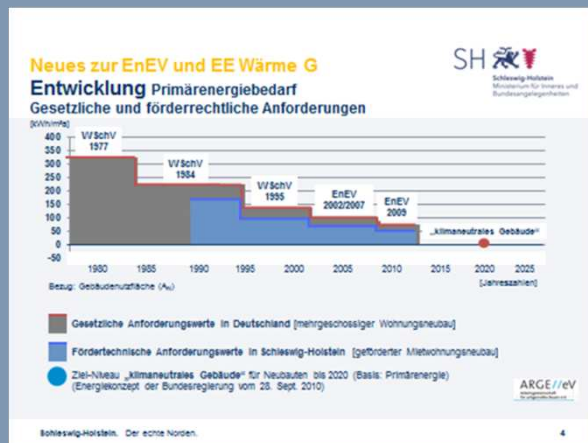
Schleswig-Holstein
Der echte Norden

- **ARGE Baugespräch 14.3.2017**
Verfahrensstand und aktueller Sachstand
Gebäudeenergiegesetz

Heidrun Buhse - Referat Wohnraumförderung

Novelle des Energiesparrechts:

Hohe Klimaschutzwirkung mit niedrigen Bau- und Bewirtschaftungskosten vereinbaren



Mietpreisbremse? Die Mieten steigen trotzdem

ONLINE FOCUS

Politik Finanzen Wissen Gesundheit Kultur Panorama Sport Digital

Startseite > Politik > Experten > Christoph Butterwegge > Die neue Wohnungsnot: Nicht nur Flüchtlinge: Warum

Die neue Wohnungsnot

Nicht nur Flüchtlinge: Warum bald auch Einheimische in Zeltstädten leben könnten

08.07.2016

500 Millionen Euro mehr für den sozialen Wohnungsbau



Bund unterstützt Länder mit Kompensationsmitteln

Zum gestrigen Bund-Länder-Beschluss zur Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau erklärt Bundesbauministerin Barbara Hendricks:

"Bei den gestrigen Bund-Länder-Gesprächen haben wir die Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau beschlossen. In den nächsten beiden Jahren stehen jährlich 500 Millionen Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Das ist eine gute Nachricht, denn dem sozialen Wohnungsbau kommt eine Schlüsselrolle zu. Mit



Gewofag-Siedlung in München-Riem: Blühendes Normwesen

WOHNEN Störfaktor Mensch

Mit immer neuen Auflagen, Steuern und Bürokratie treibt der Staat die Mieten und lässt Immobilienträume platzen. Bauministerin Hendricks holt zum nächsten Schlag aus.



Pariser Klimavertrag tritt in Kraft

Ein Abkommen, das Druck erzeugt

Quelle: klimaschutzplan2050.de

Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen

Bericht der Baukosten-senkungskommission



Novelle Energiesparrecht

Position der EU Kommission

EU-Gebäuderichtlinie: Artikel 9: ab 2019 sind Nichtwohngebäude der öffentlichen Hand und ab 2021 **alle Gebäude als Niedrigstenergiegebäude** auszuführen.

EU Kommission Empfehlungen 8. 2016:

- Grundsätze für Niedrigstenergiegebäude sollen ab 2020 für neue Gebäude zur Norm werden – Bemühungen der Staaten verstärken

- Definition f.d. kontinentalen Raum:

Bürogebäude 40-55 kWh



Einfamilienhäuser: 20- 40 kWh qm a NettoPrimärenergie, d.h. 30 kWh von 50-70 kWh aus EE

- Definition f.d. nordischen Raum:

Bürogebäude 55-70kWh –



Einfamilienhäuser: 40- 65 kWh qm a NettoPrimärenergie, d.h. 25 kWh von 65-90 kWh aus EE

Referentenentwurf GEG vom 23.1.2017

- Referentenentwurf des BMWi und BMUB zum Gebäudeenergiegesetz (GEG):

soll §1 EnEV vom Oktober 2013 einlösen:

*„Im Rahmen der dafür noch **festzulegenden Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz von Niedrigstenergiegebäuden** wird die BR in diesem Zusammenhang auch eine **grundlegende Vereinfachung und Zusammenführung der Instrumente**, die die Energieeinsparung und die Nutzung erneuerbarer Energien in Gebäuden regeln, anstreben, um dadurch die energetische und ökonomische Optimierung von Gebäuden zu erleichtern.“*

Das Energieeinsparungsgesetz (**EnEG**), die Energieeinsparverordnung (**EnEV**) und das Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, **EEWärmeG**) werden zusammengeführt und ersetzt.

Referentenentwurf GEG vom 23.1.2017

Aktueller Kompromiss

➤ **Niedrigstenergiegebäude-Standard im 2-Stufen Modell:**

1. Niedrigstenergiegebäude-Standard ab 2019 für neue Nichtwohngebäude im Eigentum der öffentlichen Hand im KfW-Effizienzhausstandard 55
2. Niedrigstenergiegebäudestandard für übrigen Neubau in einer 2. Stufe „rechtzeitig vor 2021“ – kein Präjudiz für den Standard

➤ **Neujustierung der Primärenergiefaktoren – eigene Rechtsverordnung:**

Kriterien zur Gewichtung: CO₂-Emissionen, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit der Primärenergieträger, Technologien und Verfahren zur Wärme- und Kälte Energiebereitstellung;

➤ **CO₂-Emissionen zukünftig zusätzlich im Energieausweis, Erfüllungsnachweis;**

Effizienzklassen auf Basis Primärenergiebedarf bzw. Primärenergieverbrauch – nicht mehr Endenergie

Referentenentwurf GEG vom 23.1.2017

➤ **Flexible Anrechnung Erneuerbarer Energie und Energieeffizienz:**

- beim Einsatz von gebäudenah erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energien.
(im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang zu dem Gebäude)
- beim Einsatz von aufbereitetem und in das Erdgasnetz eingespeistem Biogas

➤ **Quartiersansatz:** beim Einbau von besonders effizienten Wärmeerzeugungsanlagen in Neubauten, die Bestandsgebäude mitversorgen und dadurch Altanlagen mit niedrigerer Effizienz im Bestand ersetzen;

➤ **Bestandsregelungen nicht verschärft**

➤ Bemessungsregeln nach Referenzgebäude – Verfahren soll bleiben

- **EnEV easy seit Oktober 2016:** Bekanntmachung zur Anwendung von § 3 der EnEV
Modellgebäudeverfahren – soll bleiben

Referentenentwurf GEG vom 23.1.2017

- **Bemessungsregeln:** künftig soll nach DIN V 18599 2016-10 (Teile 1 bis 11) bzw. nach dem noch nicht veröffentlichten Teil 12 „Tabellenverfahren“ verfahren werden, bis Ende 2018 Übergangsfrist für DIN V 4108-6
- **Kompensation Erneuerbarer Energien leicht vereinfacht**
- **Klarstellungen und Ausnahmeregelungen (??)**
- **Neuregelung der Betriebskostenabrechnung, Dokumentation**
- **Förderung unverbindlich**
- **Vollzug (?)**

Koordinierte Fachabstimmung zwischen Bund und Ländern – bislang ohne Ergebnis

- Gutachten im Auftrag des BMWi

ASBW und Bauminister: Bund/Länder – Projektgruppe seit September 2015:

11 Treffen – mit Ländervertretern der Umweltministerien & Bauministerien

- ❖ 2 Sonderbauministerkonferenzen
- ❖ 1 Umweltministerkonferenz
- ❖ Ministerschreiben, Positionspapiere
- ❖ 4 Konzeptpapiere von BMWi und BVMUB vorgelegt -
Gesetzentwurf erstmals seit 23.1.2017
- ❖ Verbände wurden gehört, Verbände und Länder beauftragten Gutachten
- ❖ **MIB und MELUR gaben vorläufige Zustimmung mit erheblichen Vorbehalten**

Referentenentwurf GEG vom 23.1.2017

– wie geht's weiter?

- Balanceakt: Planungssicherheit – Entzerrung des vorgegeben Zeitdrucks
- EU – Rechtsakte haben Fristen gesetzt, schreiten mit Novellen voran
- ✓ Projektgruppe trifft sich nochmal im Frühjahr, um Minimalkonsens der Länder zu erarbeiten
- ❖ CDU/CSU – Fraktion des Bundestags hat Aufschub der Kabinettsentscheidung zum Gesetzentwurf erwirkt – Welche Fassung wird wann von der BR beschlossen?
- ❖ Formale Beteiligungsverfahren und Bundesratsabstimmungen:
nicht mehr in dieser Legislaturperiode der Bundesregierung, nicht mehr 2017 in Kraft ??